

Björn Thümler (CDU)

Antwort 1

Der Klimaschutz ist eine der wesentlichen, wenn nicht die wesentlichste Aufgabe unserer Zeit. Gleichzeitig muss Klimaschutz gemeinsam mit den Landwirten und nicht gegen sie gestaltet werden. Um beim genannten Beispiel, dem Gesetzentwurf der EU Kommission zur Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln, zu bleiben: Den Protest der Landwirte kann ich sehr gut nachvollziehen. Das geplante Verbot von Pflanzenschutzmitteln in Landschaftsschutzgebieten würde das Aus für viele Höfe in Niedersachsen bedeuten. Damit würden wir uns von der Selbstversorgung durch die heimische Nahrungsmittelproduktion verabschieden. Gemeinsam mit den CDU/CSU Kolleginnen und Kollegen auf Europa- und Bundesebene arbeiten wir auch hier in Niedersachsen darauf hin, dass der Gesetzentwurf gravierend korrigiert wird.

Ein gutes Beispiel für das Miteinander von Landwirtschaft, Politik und Umwelt ist der „Niedersächsische Weg“. Klimaschutz und Ernährungssicherheit müssen sich nicht im Weg stehen und genau das zeigt dieses Programm. Die Landwirtschaft braucht Anreize statt Verbote. Unsere Landwirte tragen den größten Teil zu unserer Versorgungssicherheit bei, dabei haben sie seit Jahren mit großen Herausforderungen zu kämpfen. Um die Planbarkeit und die Bedingungen für die Landwirte zu verbessern, setze ich mich besonders dafür ein, dass die Weidetierhaltung erhalten bleibt. Eine Einschränkung oder gar ein Verbot kommt einem Berufsverbot gleich, zu dem muss die 4% entschädigungslose Stilllegung von Ackerflächen dauerhaft ausgesetzt werden.

Parallel zu den praktischen unmittelbar wirksamen Maßnahmen brauchen wir Wissenschaft und Forschung, um unsere Lebensgrundlagen und somit unsere Lebensqualität zu sichern und sie erklären zu können. Das Unwissen über Grünland und Grünlandnutzung sind erschreckend. Nur eine fundierte wissenschaftliche Basis hilft notwendige Argumente zu finden. Als fachlich zuständiger Wissenschaftsminister freue ich mich, dass hier in den vergangenen Jahren enorm viel passiert ist. Um ein paar Beispiele zu nennen:

- Der Forschungsverbund führender niedersächsischer Küstenforschungseinrichtungen „Gute Küste Niedersachsen“ wird von 2020 bis 2024 mit 5 Millionen Euro durch das Land gefördert. Gemeinsam mit lokalen Akteuren (Verwaltungen, Verbände, Zivilgesellschaft) beschäftigt sich der Verbund mit der Fragestellung, wie Menschen in der Küstenregion geschützt vor den auch klimatisch bedingt ansteigenden Hochwassern verantwortungsbewusst und nachhaltig leben und wirtschaften können.
- Mit dem Projekt „Future Proof Grasslands“ unterstützen wir das Ziel, Transformationsprozesse hin zu einem effizienten Wassermanagement zur Verbesserung der Stärkung von norddeutschen Grünlandregionen zu begleiten, zu verstehen und umzusetzen mit insgesamt 5,13 Millionen Euro. Das Grünlandzentrum spielt dabei eine wesentliche Rolle.
- Mit dem neuen Zukunftslabor Wasser des ZDIN (Zentrum für Digitale Innovation Niedersachsen) fördert das MWK intelligentes Wassermanagement durch fortschrittliche digitale Werkzeuge wie den Methoden der künstlichen Intelligenz mit 3,7 Millionen Euro. Es

geht um Wasserhaltung, Grundwasserbildung, Wasserverteilung und Bewässerung sowohl natürlicher als auch künstlicher.

- Der Forschungsverbund „4N- Nordwest Niedersachsen Nachhaltig Neu“, den das MWK mit 6 Millionen Euro fördert, verfolgt in seiner Zielsetzung die Besonderheit der ausgeprägt unterschiedlichen Nutzungsarten (intensive Landwirtschaft, Tourismus, Industrie) im Nordwesten Niedersachsens. Dazu werden technologische Möglichkeiten, agrarwirtschaftliche Entwicklungen, ökonomische Tätigkeitsfelder sowie Themen der Bildung und der Daseinsvorsorge in den Bereichen Gesundheit und Pflege untersucht. Diese Projekte sind alle bei uns im Nordwesten angesiedelt und hier gehören sie auch hin. Denn der mögliche Erkenntnisgewinn beinhaltet großes Potential für unsere Heimat.

Antwort 2

Die Stärkung des ländlichen Raums liegt der CDU in Niedersachsen schon immer sehr am Herzen. Wir müssen für jede Region, für jeden Landkreis und für jedes Dorf maßgeschneiderte Antworten finden. Besonders am Herzen liegt mir hierbei der Ausbau der Infrastruktur im ländlichen Raum. Es muss sichergestellt werden, dass alle Orte der Grundversorgung schnell erreichbar sind und bestenfalls keinen Individualverkehr benötigen. Insbesondere muss der ÖPNV gestärkt werden. Hier muss der Ausbau der Infrastruktur an erster Stelle stehen. Eine Nachfolgelösung für das 9-Euro-Ticket ist dringend notwendig. Wenn der ÖPNV für Menschen im ländlichen Raum mangels Angebots keine Alternative darstellt, ist eine Nachfolgelösung für die Landbevölkerung wirkungslos. Ein weiterer wichtiger Baustein zur Entlastung des ländlichen Raums ist der dringend notwendige Ausbau der Digitalisierung. Sie bedeutet Entwicklungsmöglichkeiten und Unabhängigkeit für unsere Betriebe, für unsere Arbeitnehmer und für die profitierenden Haushalte.

Auch beim Denkmalschutz haben wir an wichtigen Stellschrauben gedreht, um den verstärkt auftretenden Konflikt zwischen dem Denkmalrecht und dem wachsenden öffentlichen Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien aufzulösen. Ein Eingriff in ein Kulturdenkmal ist nunmehr zu genehmigen, soweit das öffentliche Interesse an der Errichtung von Anlagen zur Nutzung von erneuerbaren Energien das Interesse an der unveränderten Erhaltung des Kulturdenkmals überwiegt. Das öffentliche Interesse an der Errichtung von Anlagen zur Nutzung von erneuerbaren Energien überwiegt in der Regel, wenn der Eingriff in das äußere Erscheinungsbild reversibel ist und in die denkmalwerte Substanz nur geringfügig eingegriffen wird. Das ist eine wesentliche Änderung hin zu mehr Flexibilität z.B. im Hinblick auf die Errichtung von PV-Anlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden, die vor allem in ländlichen Gebieten bei entsprechend großen Gebäuden für Entlastung sorgen kann.

Antwort 3

Meine Prioritäten sind Mobilität, Gesundheitsversorgung und Digitalisierung.

- Mobilität: Infrastruktur ausbauen und verbessern, damit auch der ländliche Raum von der dringend notwendigen Nachfolgelösung zum 9-Euro-Ticket profitiert.
- Gesundheitsversorgung: Die Gesundheitsversorgung auf dem Land muss ohne Abstriche gewährleistet werden. Die Landarztquote, die wir diese Legislaturperiode eingeführt haben,

ist ein wichtiger Schritt. Als fachlich zuständiger Minister freue ich mich zudem, dass es uns gelungen ist 191 zusätzliche Anfängerstudienplätze im Fach Humanmedizin in Niedersachsen zu schaffen. Alleine in Oldenburg haben wir von 40 auf 120 Anfängerstudienplätze aufgestockt. Das ist ein riesen Erfolg für den Nordwesten.

- Digitalisierung: Ziel ist und bleibt eine vollständige Versorgung aller Haushalte mit gigabitfähigen Anschlüssen bis 2025. Davon profitiert insbesondere der ländliche Raum. Es sind bereits rund 90 Prozent der Maßnahmen aus dem Masterplan Digitalisierung umgesetzt worden. Diesen Ausbau der digitalen Infrastruktur müssen wir fortsetzen, während der Bund Investitionshindernisse für den Breitbandausbau im ländlichen Bereich reduzieren muss

Antwort 4

Die Wiedervernässung von Moorflächen ist eine Mammutaufgabe, die die Wesermarsch vor große Herausforderungen stellt. Es ist unbestritten, dass unsere Moore bedeutende Kohlenstoffspeicher sind und auch in den landwirtschaftlich genutzten Moorböden großes Potential für den Klimaschutz stecken. Gleichzeitig ist die Land- und Ernährungswirtschaft einer unserer wichtigsten Wirtschaftsfaktoren, viele Arbeitsplätze in den vor- und nachgelagerten Bereichen hängen davon ab. Neben den positiven Aspekten für das Klima und die Umwelt, die mit einer Anpassung bzw. Änderung der Moorbodennutzung erzielt werden können, gilt es, die Auswirkungen und Folgen für die Flächenbewirtschafter und –eigentümer und die Bevölkerung im ländlichen Raum in den Fokus zu stellen. „Eine Lösung für alle“ funktioniert gerade bei Moorstandorten nicht. Wir brauchen auf die Region abgestimmte Konzepte.

Zeitgleich zum Dialog-Prozess über einen neuen Gesellschaftsvertrag hat die Landesregierung ein 31,5 Millionen Euro Maßnahmenpaket „Stadt.Land.ZUKUNFT“ verabschiedet. Mit diesem Geld werden Initiativen für mehr Klimaschutz in der Landwirtschaft finanziert, speziell auch auf Moorstandorten. Das Maßnahmenpaket ist gut und richtig. Fest steht aber auch: Das wird bei weitem nicht ausreichen, um Lösungen herbeizuführen, die insbesondere den Interessen der Landwirte in ausreichendem Maße gerecht werden. Hier ist der Bund gefragt. Analog zu den Maßnahmen im Rahmen des Ausstiegs aus der Kohleverstromung brauchen wir einen Entschädigungsfonds des Bundes für die betroffenen Landwirte. Genau wie beim Kohleausstieg müssen wir den Ausgleich von Nachteilen der betroffenen Landwirte, die sie durch die Wiedervernässung der Moorflächen und somit für den Klimaschutz erleiden, zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe machen. Wenn das nicht gemacht wird, muss man klar feststellen, dass das eine Enteignung durch die Hintertür ist. Wer Wiedervernässung will, kann das nur mit den vor Ort lebenden Menschen hinkommen.